

27.03.2007, S. 9

Chinas großer Sprung nach vorn

Die asiatische Großmacht sieht sich selbst als verantwortungsvollen Partner, doch nicht nur ihre Nachbarn fürchten einen politischen Aufstieg mit rabiaten Methoden

Chinas Parteiführung nimmt auf Befürchtungen seiner Nachbarn Rücksicht – zumindest, was programmatische Aussagen angeht: Peking hat das Motto vom „friedlichen Aufstieg Chinas“ ersetzt durch den Slogan von „Chinas friedlicher Entwicklung“ und dem Ziel einer „harmonischen Welt“. Chinesische Offizielle betonen gegenüber ausländischen Gesprächspartnern immer wieder, dass China ein verantwortlicher Akteur oder, eine Formulierung des ehemaligen stellvertretenden US-Außenministers Bob Zoellick aufgreifend, ein „verantwortlicher Anteilseigner“ in der Welt sein wolle.

Das gelte für die Entwicklungspolitik und Chinas Beiträge zu den Millenniums-Zielen der Vereinten Nationen nicht anders als für den Klimawandel und die Energiepolitik; es zeige sich bei den Bemühungen Chinas, gemeinsam mit anderen südost- und ostasiatischen Staaten regionale Kooperationsstrukturen zu errichten wie bei der aktiven Beteiligung an den Sechsergesprächen über das nordkoreanische Atomprogramm und Chinas Unterstützung für den Versuch der EU-3 und der USA, Iran von einem militärisch nutzbaren Nuklearprogramm abzuhalten.

Tatsächlich hat China eine aktive Rolle bei den diplomatischen Bemühungen um den Rückbau des nordkoreanischen Atomprogramms gespielt. Es hat die Sicherheitsratsresolution mitgetragen, in der Iran zu einer Unterbrechung seines Anreicherungsprogramms aufgefordert und gleichzeitig mit milden Sanktionen belegt wird. China stellt heute mehr Personal für UN-geführte Friedensmissionen als jedes andere der fünf permanenten Sicherheitsratsmitglieder. China sieht sich selbst weiterhin als Entwicklungsland, gibt aber deutlich mehr Entwicklungshilfe an arme Staaten in Asien und Afrika, als es selbst erhält.

China selbst ist zum Modell afrikanischer und asiatischer Staaten geworden. Immerhin ist es hier gelungen, durch die Öffnung der eigenen Wirtschaft und die Nutzung der Chancen einer globalisierten Weltwirtschaft Hunderte Millionen Menschen aus der materiellen Armut zu befreien. Massive soziale Probleme bleiben, man ist sich ihrer in der chinesischen Führung aber zumindest bewusst. Bis 2020, erklärte einer Gruppe europäischer und amerikanischer Vertreter von Think-Tanks unlängst ein hoher Funktionär, wolle man das Ziel einer Gesellschaft bescheidenen Wohlstands erreichen.

Dies gründe sich auf ausgeglichene Entwicklung, das Land werde demokratisch und harmonisch sein. Wobei Demokratie keineswegs meint, was westliche Beobachter darunter verstehen. Das Machtmonopol der Kommunistischen Partei Chinas und deren autoritäre Führung stehen nicht zur Debatte. Parteifunktionäre verweisen eher auf die Ausweitung der wirtschaftlichen und persönlichen, aber eben nicht politischen Freiheiten, die Angehörige der Mittelschichten heute in China genießen, und auf den langsamen Ausbau von Rechtssicherheit.

Das Streben nach Entwicklung und Harmonie beinhaltet auch, die Situation der heute 800 Millionen Landbewohner, die überwiegend unter der Armutsgrenze leben, zu verbessern und gleichzeitig 200 bis 300 Millionen neue Abwanderer vom Land in den Städten anzusiedeln. Es fällt schwer, sich in die chinesischen Größenordnungen hineinzusetzen: Unser Gesprächspartner redet hier schließlich davon, dass jährlich Wohnraum und Infrastruktur für 20 Millionen Menschen zu schaffen ist. Das entspricht sechs Großstädten vom Umfang Berlins.

Natürlich bedeuten dieses Wachstum und das Entstehen einer Mittelschicht, die sich an westlichen Konsummustern orientiert, einen ungeheuren Zuwachs des Energieverbrauchs. China ist bereits heute nach den USA der zweitgrößte CO₂-Emittent. Pro Kopf, darauf weist man westliche Besucher gerne hin, liege China damit noch weit unter den Schadstoffwerten Europas oder gar Amerikas. Man wolle sich aber auch hier als verantwortlicher Teil der Weltgemeinschaft verhalten und den Schadstoffausstoß langfristig senken.

Das Konzept des verantwortlichen Spielers in einer harmonischen Welt stößt aus westlicher Perspektive bei mindestens drei politischen Themenfeldern an harte Grenzen: beim Umgang mit besonders unangenehmen Diktaturen in Afrika oder Asien, bei der Taiwan-Frage und mit Blick auf die militärische Modernisierung des Landes. Ganz offensichtlich werden die Differenzen zwischen Europäern und Amerikanern einerseits und China auf der anderen Seite bei Diskussionen über die notwendige Politik gegenüber dem Sudan und dem Krieg in Darfur. Selbstbewusste chinesische Offizielle machen keinen Hehl daraus, dass die Afrikapolitik ihres Landes, die unter Präsident Hu Jintao in den Vordergrund der Außenbeziehungen Chinas gerückt ist, ganz wesentlich dem Interesse gilt, Zugang zu Rohstoffen zu gewinnen und Freundschaften zu erhalten.

Im sudanesischen Fall geht es um Öl. China hat im Sudan massiv in die Ölförderung und entsprechende Infrastrukturprojekte investiert. Die Situation in Darfur und die Politik der sudanesischen Regierung seien auch aus chinesischer Sicht ein Problem. China, so ein stellvertretender Außenminister, unterstütze den Vorschlag des ehemaligen Uno-Generalsekretärs Kofi Annan, eine „hybride“ Friedenstruppe der Uno und der Afrikanischen Union in das Bürgerkriegsgebiet zu entsenden. Nur müsse eben die sudanesische Regierung dem zustimmen, und man werde der sudanesischen Regierung nicht erklären, was sie zu tun habe. Resolutionen des Sicherheitsrats, noch dazu unter Kapitel VII, sollten auf Konflikte begrenzt bleiben, die eine Bedrohung des regionalen Friedens und der Stabilität darstellten. Diese Haltung entspricht nicht der „responsibility to protect“, dem Prinzip der Verantwortung, Menschen notfalls auch vor ihren Regierungen zu schützen, dem auch China 2005 in den Vereinten Nationen zugestimmt hat, spiegelt aber zweifellos das chinesische Interesse im Verhältnis zum Wirtschaftspartner Sudan.

Was China als eigene innere Angelegenheiten ansieht, wird ebenfalls unmissverständlich klar gemacht. Im Vordergrund steht dabei Taiwan. Die Insel ist zwar faktisch ein eigener Staat, Peking besteht aber darauf, dass es nur ein China geben könne und Taiwan keineswegs das Recht habe, sich loszusagen. Dieser Forderung wird mit Batterien von Mittelstreckenraketen Nachdruck verliehen, die vom Festland aus auf die Insel gerichtet sind. Chinesische Regierungsvertreter erklären, gefragt oder ungefragt, gleich lautend, dass es in Sachen Taiwan keinerlei Flexibilität geben könne. Eine eventuelle Unabhängigkeitserklärung Taiwans werde man, wie im so genannten Anti-Sezessionsgesetz von 2005 schon erklärt wird, mit allen Mitteln zu verhindern wissen. „In einem Wort“, sagt ein General: „Unabhängigkeit bedeutet Krieg.“ Eine Auseinandersetzung um Taiwan sei die einzige Situation, in der man sich eine militärische Auseinandersetzung mit den USA vorstellen könne.

Dass China sein militärisches Potenzial modernisiert, um auf alle Eventualitäten vorbereitet zu sein, wird nicht versteckt. Ereignisse wie der Abschuss eines eigenen ausgedienten Satelliten durch eine chinesische Rakete im Januar 2007 werfen aber Fragen auf, gerade von europäischer Seite. Denn Europa, das kein Interesse an einer Militarisierung des Weltraums hat, beteiligt China an seinem satellitengestützten Aufklärungs- und Ortungsprogramm Galileo. Chinas Anti-Satelliten-Test war kein Verstoß gegen internationales Recht. Aber er unterstrich, dass China die Tugend der Transparenz auch in militärischen Fragen noch nicht erkannt hat. Immerhin, erklärte uns eine Offizierin, habe man einen chinesischen, keinen amerikanischen oder europäischen Satelliten abgeschossen. Wie beruhigend! China als rasch wachsende, selbstbewusste Großmacht wird auf absehbare Zeit wenig Transparenz über seine militärischen Entwicklungen und strategischen Planungen herstellen und sich in Afrika und im Mittleren Osten in erster Linie von seinen eigenen politischen und Rohstoffinteressen leiten lassen.

Natürlich haben fortgeschrittene Industriestaaten, die heute globale Verantwortlichkeit und Menschenrechtskonditionalität einfordern, sich im 20. Jahrhundert ähnlich verhalten. Während sie heute auf Ölgeschäfte mit Staaten wie Sudan verzichten, sieht China als Späentwickler hier eine Lücke, die es gerne füllt. Asiatische Nachbarn Chinas sind eher durch die sehr weit gesteckten territorialen Ansprüche beunruhigt, die China im ost- und südchinesischen Meer angemeldet hat. Dass gerade die jüngere Generation sich zunehmend nationalistisch gebärdet und die chinesischen Autoritäten nationalistische Agitation Taiwan und auch Japan gegenüber tolerieren, bereitet Chinas regionaler Nachbarschaft zusätzlich Sorge.

Keines der geschilderten Phänomene ist ungewöhnlich für eine aufsteigende Großmacht. Man kann der chinesischen Führung sehr wohl abnehmen, dass sie keinen Appetit auf Konfrontation mit den Nachbarn oder gar mit den USA hat, dass für sie vielmehr das weitere wirtschaftliche Wachstum und die innere Entwicklung des Landes Vorrang haben, insbesondere die Überwindung der enormen

sozialen Diskrepanzen, die in den Jahren des raschen Wachstums entstanden sind.

Das Wachstum Chinas ist für die Welt trotz aller ökologischen und politischen Herausforderungen, die damit einhergehen, zuerst eine gute Nachricht: weil es tatsächlich Armutsbekämpfung bedeutet, nicht nur in China selbst, sondern auch in anderen asiatischen Staaten, die vom Wirtschaftsboom Chinas und seiner Nachfrage nach Vorprodukten mitgezogen werden, weil ein prosperierendes China, in dem die Löhne steigen und die Menschen anspruchsvoller werden, in jedem Fall auch ein noch interessanterer Wirtschaftspartner werden und, wie sich hoffen lässt, auch verlässlichere rechtsstaatliche Strukturen ausbilden wird und weil die starken wirtschaftlichen Interdependenzen zwischen China und seinen asiatischen Partnern das Interesse an friedlicher Streitbeilegung und einer stabilen regionalen Sicherheitsarchitektur verstärkt.

Europa als wichtigster Handelspartner Chinas wird die wirtschaftlichen Chancen des chinesischen und asiatischen Aufstiegs weiter zu nutzen wissen. Es wird China aus wohl verstandenem Eigeninteresse helfen müssen, dabei seine Energieeffizienz zu stärken und seinen auch bei steigender Effizienz wachsenden Energiehunger zunehmend durch modernste regenerative Energien zu decken. Technologieexport ist hier tatsächlich Investition in die Zukunft des Globus. Gleichzeitig sollte die Europäische Union, die seit 2003 von einer „strategischen Partnerschaft“ mit China spricht, selbst ein strategisches und nicht nur ein wirtschaftliches Verständnis für China und Asien entwickeln. Das verlangt, sich über die sicherheitspolitischen Implikationen des Aufstiegs Chinas Gedanken zu machen: nicht im Sinne von Angstmacherei vor der „China-Bedrohung“, die einige amerikanische Kreise beschwören, sondern etwa durch eine Beteiligung an Debatten über regionale Sicherheit in Asien. Wenn Europa nicht nur als Handelspartner, sondern auch politisch in Asien ernst genommen werden will, wird es zeigen müssen, dass regionale Kooperationen im asiatisch-pazifischen Raum, die Zukunft Taiwans oder die Sicherheit der Seewege durch Südostasien ebenso wie die innenpolitischen Entwicklungen Chinas und anderer asiatischer Staaten auch auf der europäischen und nicht nur auf der amerikanischen Prioritätenliste rangieren.



**VOLKER
PERTHES**

leitet die Stiftung
Wissenschaft und
Politik in Berlin.